

Resolution der Versammlung der Staatsangestellten von Freiburg

Das Personal des öffentlichen Dienstes, das sich am Dienstag, den 29. Januar 2019 zur Generalversammlung eingefunden hat, hält fest,

1. dass der Vorschlag zur Revision des Gesetzes über die Pensionskasse des Staatspersonals Freiburg (PKSPF) eine präzedenzlose Verschlechterung der Ruhestandsbedingungen der Staatsangestellten von Freiburg darstellt.
2. dass die vorgesehene Revision die Möglichkeit einer Frühpensionierung ohne Renteneinbussen von 60 auf 64 Jahre rückverschiebt.
3. dass diese Revision massive Renteneinbussen zur Folge hätte: -5 % für Lohnangestellte ab 30 Jahren, bis -25 % zwischen 40 und 50 Jahren und bis -15 % zwischen 50 und 60 Jahren.
4. dass die Opfersymmetrie, ganz im Gegensatz zu den Versprechungen von Staatsrat Georges Godel, völlig asymmetrisch ist: Die Beteiligung des Staates liegt zwischen 26 und 35 % (gemäss Staatsrat, entspricht die Staatsbeteiligung 42%; jedoch ist diese Prozentgabe von Personalorganisationen bestritten) während das Personal zwei Drittel bis drei Viertel des Aufwandes beisteuert.
5. dass eine solche Revision insbesondere zulasten des Personals, insbesondere der bestimmten Altersklasse den 40-55 Jährigen geht. Dabei kann die Situation der PKSPF heute als sehr gut eingestuft werden.

Angesichts dieser Situation haben die an der Generalversammlung versammelten Staatsangestellten folgende Forderungen beschlossen:

- Der Staatsrat muss zwingend mit den Sozialpartnern über eine Verbesserung der gegenwärtigen Vorschläge verhandeln, um so zu einem neuen Entwurf, der die folgenden Punkten entsprechen muss :
 - Die Beitragsverteilung muss an der gegenwärtigen Aufteilung für die PKSPF festhalten (58 % durch den Arbeitgeber / 42 % durch die Arbeitnehmenden).
 - Es muss eine Variante vorgeschlagen werden, die eine Erhöhung der Beiträge des Personals und des Staates als Arbeitgeber vorsieht.
 - Die Revision muss den Staatsangestellten ermöglichen, mit 60 in Rente zu gehen, zu den gleichen Bedingungen wie heute.
 - Und schliesslich muss eine Variante mit Leistungsprimat vorgeschlagen werden.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, beschliessen die Staatsangestellten folgende Massnahmen:

- Die drei Varianten werden pauschal abgelehnt, ohne dass eine Präferenz für die eine oder andere zum Ausdruck gebracht wird.
- Am Mittwoch, den 20. Februar, findet um 17 Uhr auf dem Python-Platz eine Demonstration der Freiburger Staatsangestellten statt.
- Am Mittwoch, den 27. Februar, findet um 19 Uhr eine weitere Versammlung des Staatspersonals statt, um eine Bilanz der Verhandlungen zu ziehen und über die Organisation eines Aktions- und Streiktages am 13. März 2019 zu entscheiden.